

Stand: 04.04.2026 10:41:45

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11036

"Betrug in der Pflege bekämpfen: Patientensicherheit durch effektivere Kontrollen verbessern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11036 vom 19.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/11122 vom 20.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 20.04.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller, Kathi Petersen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Betrug in der Pflege bekämpfen: Patientensicherheit durch effektivere Kontrollen verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung, gewerbsmäßigen Betrug bei der Erbringung von Pflegeleistungen effektiv zu bekämpfen. Es müssen alle möglichen und erforderlichen Schritte unternommen werden, um Versicherungsbetrug zu Lasten der Solidargemeinschaft der Pflege- und Krankenversicherten schnell und nachhaltig zu unterbinden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege ihre Erkenntnisse im Zusammenhang mit dieser Problematik zu berichten und dabei insbesondere auf die folgenden Fragen einzugehen:

1. Seit wann und in welcher Hinsicht ist der Staatsregierung das Problem des gewerbsmäßigen Betrugs bei der Erbringung von Pflegeleistungen bekannt?
2. Wie hoch schätzt die Staatsregierung den in Bayern dadurch jährlich entstehenden finanziellen Schaden ein?
3. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die typischen Mechanismen des Pflegebetrugs? In welcher Rolle sieht sie dabei also die Beteiligten (Pflegebedürftige, Angehörige, Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten und des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen)?
4. Wie funktionieren die Betrugsmechanismen nach den Erkenntnissen der Staatsregierung bei Intensivpflegediensten? Wie hoch sind die dadurch entstehenden jährlichen finanziellen Schäden? Sind der Staatsregierung Fälle bekannt, in denen intensiv pflegebedürftige Personen durch betrügerische Aktivitäten zu Schaden oder zu Tode gekommen sind? Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung aus der gerichtlichen Aufarbeitung derartiger Fälle gewonnen?

5. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu spezifischen Betrugsmechanismen in der ambulanten und stationären Pflege sowie in Pflege-Wohngemeinschaften?
6. Welche Rolle spielt dabei nach Auffassung der Staatsregierung das Nebeneinander von Behandlungspflege nach § 37 des Fünften Sozialgesetzbuchs (SGB V) und von Pflegesachleistungen, Pflegegeld bzw. stationärer Pflege nach dem Elften Sozialgesetzbuch (SGB XI)? Welcher Reformbedarf ergibt sich aus Sicht der Staatsregierung aus dem Nebeneinander dieser beiden Finanzierungs- und Leistungsmechanismen im Hinblick auf die Betrugsbekämpfung?
7. Welche Konsequenzen wird die Staatsregierung auf Landesebene aus dem Betrugsskandal ziehen? Sieht die Staatsregierung Möglichkeiten, die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen („Heimaufsichten“) in effektive Kontrollstrukturen einzubinden? Wäre die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften nach Auffassung der Staatsregierung ein geeignetes Mittel zur Betrugsbekämpfung im Pflegebereich? Wie könnten die vorhandenen Kontrollmechanismen besser zur Aufdeckung von Straftaten genutzt werden?

Begründung:

Aktuellen Medienberichten zufolge erleiden die Kranken- und Pflegekassen durch gewerbsmäßigen Betrug bei der Erbringung von Pflegeleistungen einen Schaden von jährlich mindestens 1,25 Mrd. Euro. Geschädigt werden zudem die Kommunen, die für die Sozialhilfeleistung „Hilfe zur Pflege“ aufkommen müssen. Einem Bericht der europäischen Polizeibehörde Europol zufolge, ist das kriminelle Geschäft mit dem Pflegebetrug besonders lukrativ, weil es hohe Gewinne abwirft, das Entdeckungsrisiko gering ist und deutlich geringere Strafen als in traditionellen Kriminalitätsfeldern wie dem Drogen- oder Menschenhandel verhängt werden. Regionale Schwerpunkte der Pflegekriminalität liegen Berichten zufolge in Bayern, Berlin und Niedersachsen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher, Ruth Müller, Kathi Petersen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/11036

Betrug in der Pflege bekämpfen: Patientensicherheit durch effektivere Kontrollen verbessern!

Der Landtag unterstützt die Bestrebungen der Bundesregierung, gewerbsmäßigen Betrug bei der Erbringung von Pflegeleistungen effektiv zu bekämpfen. Es müssen alle möglichen und erforderlichen Schritte unternommen werden, um Versicherungsbetrug zu lasten der Solidargemeinschaft der Pflege- und Krankenversicherten schnell und nachhaltig zu unterbinden.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung gebeten, dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege ihre Erkenntnisse im Zusammenhang mit dieser Problematik zu berichten und dabei insbesondere auf die folgenden Fragen einzugehen:

1. Seit wann und in welcher Hinsicht ist der Staatsregierung das Problem des gewerbsmäßigen Betrugs bei der Erbringung von Pflegeleistungen bekannt?
2. Wie hoch schätzt die Staatsregierung den in Bayern dadurch jährlich entstehenden finanziellen Schaden ein?
3. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung über die typischen Mechanismen des Pflegebetrugs? In welcher Rolle sieht sie dabei also die Beteiligten (Pflegebedürftige, Angehörige, Ärztinnen und Ärzte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Pflegediensten und des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen)?

4. Wie funktionieren die Betrugsmechanismen nach den Erkenntnissen der Staatsregierung bei Intensivpflegediensten? Wie hoch sind die dadurch entstehenden jährlichen finanziellen Schäden? Sind der Staatsregierung Fälle bekannt, in denen intensiv pflegebedürftige Personen durch betrügerische Aktivitäten zu Schaden oder zu Tode gekommen sind? Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung aus der gerichtlichen Aufarbeitung derartiger Fälle gewonnen?
5. Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu spezifischen Betrugsmechanismen in der ambulanten und stationären Pflege sowie in Pflege-Wohngemeinschaften?
6. Welche Rolle spielt dabei nach Auffassung der Staatsregierung das Nebeneinander von Behandlungspflege nach § 37 des Fünften Sozialgesetzbuchs (SGB V) und von Pflegesachleistungen, Pflegegeld bzw. stationärer Pflege nach dem Elften Sozialgesetzbuch (SGB XI)? Welcher Reformbedarf ergibt sich aus Sicht der Staatsregierung aus dem Nebeneinander dieser beiden Finanzierungs- und Leistungsmechanismen im Hinblick auf die Betrugsbekämpfung?
7. Welche Konsequenzen wird die Staatsregierung auf Landesebene aus dem Betrugsskandal ziehen? Sieht die Staatsregierung Möglichkeiten, die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen („Heimaufsichten“) in effektive Kontrollstrukturen einzubinden? Wäre die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften nach Auffassung der Staatsregierung ein geeignetes Mittel zur Betrugsbekämpfung im Pflegebereich? Wie könnten die vorhandenen Kontrollmechanismen besser zur Aufdeckung von Straftaten genutzt werden?

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Doris Rauscher

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Ulrich Leiner

Abg. Hermann Imhof

Staatsministerin Melanie Huml

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Betrug in der Pflege bekämpfen: Patientensicherheit durch effektivere Kontrollen verbessern! (Drs. 17/11036)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u. a. und Fraktion (CSU)

Höchste Wertschätzung für die Pflege - kein Platz für betrügerische Pflegedienste (Drs. 17/11039)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bericht über Betrug bei Pflegekassen (Drs. 17/11076)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mindestens eine Milliarde Euro, wahrscheinlich eher zwei Milliarden Euro oder noch mehr, sind nicht unseren Pflegebedürftigen zugutegekommen, sondern Pflegebetrügern – und das, obwohl gerade in der Pflegebranche chronisch das Geld fehlt und wir jeden Euro für eine gute Versorgung unserer Pflegedürftigen bräuchten. Das Geld fehlt in unseren Sozialkassen, und das belastet jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft.

Die aktuelle Medienberichterstattung hat uns als SPD-Landtagsfraktion dazu veranlasst, das Thema Pflegebetrug heute hier ins Parlament zu bringen; denn immerhin geht es hier um Beträge von Beitragszahlern, die nicht gerade als Bagatelle zu bezeichnen sind.

Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung signalisiert hat, den gewerbsmäßigen Betrug bei der Erbringung von Pflegeleistungen effektiv zu bekämpfen. Alle möglichen und erforderlichen Schritte müssen unternommen werden, um Versicherungsbetrug zulasten der Solidargemeinschaft der Pflege- und Krankenversicherten schnell und nachhaltig zu unterbinden.

(Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig fordern wir eine Aufklärung von Betrugsfällen in der Vergangenheit auch hier im Freistaat Bayern. Wir sehen es als Aufgaben der Staatsregierung an, einerseits die Bestrebungen der Bundesregierung zu unterstützen und andererseits auch auf Landesebene alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um schwarze Schafe in der Branche zu identifizieren, den Pflegebetrug zu unterbinden und bei der Aufklärung des gewerbsmäßigen Betrugs, des organisierten Verbrechens mitzuwirken, wo immer es geht.

Wir haben deshalb den vorliegenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem die Staatsregierung aufgefordert wird, dem Landtag ausführlich über den Pflegebetrug zu berichten. Es ist bekannt, dass es Betrugsfälle gibt. Das ist kein neues Phänomen, sondern ein grundsätzliches Problem. Doch das aktuell ans Licht gekommene Ausmaß wirft Fragen auf, denen wir als Landesparlament konsequent nachgehen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Das Entdeckungsrisiko in dieser Branche ist derzeit relativ gering, und es werden deutlich geringere Strafen als in traditionellen Kriminalitätsfeldern wie dem Drogen-

oder Menschenhandel verhängt. Unser Anliegen ist es zu erfahren, wie lange der Staatsregierung der geschäftsmäßige Pflegebetrug bekannt ist und was sie darüber weiß. In den Medien kursieren verschiedene Zahlen über das Ausmaß des Schadens. Wir möchten wissen: Wie hoch ist der Schaden in Bayern? Uns interessiert auch, ob es Hinweise darauf gibt, dass Abrechnungsbetrug verstärkt in bestimmten Communities stattfindet.

Berichten zufolge gibt es verschiedene Vorgehensweisen beim Pflegebetrug: Leichte Fälle werden zum Beispiel als schwer Pflegebedürftige ausgegeben, teilweise sogar als sehr lukrative Intensivpflegepatienten, wodurch pro Patient und Monat bis zu 15.000 Euro unrechtmäßig erbeutet werden können; es werden mehr Leistungen abgerechnet, als tatsächlich erbracht werden; Pflegedokumentationen werden gefälscht; ungelernete Aushilfen werden als höher dotierte Fachkräfte ausgegeben. Pflegedienste holen sich die Vollmacht der Angehörigen ein; damit kann der Pflegedienst mit Kassen und Sozialämtern verhandeln, und den Angehörigen entgleitet die Kontrolle über den Pflegedienst.

Wir wollen wissen: Wie genau funktioniert der Betrug? Welche Kenntnisse liegen darüber vor? Wie sind die Mechanismen und Strukturen, bei denen das Ausmaß in Richtung organisiertes Verbrechen geht? – Die Prüfung des Einzelfalls bringt vermutlich wenig; es scheint, als müssten ganze Strukturen zerschlagen werden.

Das führt mich zur nächsten Frage: Wer spielt in diesem Betrug welche Rolle: Pflegebedürftige, Angehörige, einschlägige Ärzte, Mitarbeiter einschlägiger Pflegedienste? – Abgesehen von der Aufklärung wollen wir wissen, welche Konsequenzen die Staatsregierung auf Landesebene zu ziehen gedenkt. Sieht die Staatsregierung Möglichkeiten, die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen in die Kontrollstrukturen einzubinden? Welche Möglichkeiten hat der Medizinische Dienst der Krankenversicherung? Wie steht die Staatsregierung der Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Bayern gegenüber, die von der Deutschen Stiftung Patientenschutz

gefordert werden? Wie könnten die vorhandenen Kontrollmechanismen besser zur Aufdeckung von Straftaten genutzt werden?

(Beifall bei der SPD)

Neben all diesen Fragen, wie es zu dem Betrug kommt und was dagegen zu tun ist, ist für uns insbesondere auch die Patientensicherheit wichtig. Es darf zum Beispiel nicht sein, dass Zeugnisse gefälscht werden, damit für eigentlich ungelernete Hilfskräfte ein höheres Fachkraft Honorar abgerechnet werden kann. Einen Pflegebedürftigen bringt dies unter Umständen in eine gesundheitsgefährdende oder sogar in eine lebensbedrohliche Situation. Das gilt es zu verhindern. Für alle Pflegebedürftigen muss sichergestellt sein, dass sie auch wirklich von kompetenten Pflegekräften versorgt werden, die patientenorientiert arbeiten und wissen, was sie tun. Wir müssen dafür sorgen, dass Pflegedienste wirklich die Dienstleistungen erbringen, die sie dokumentieren und letzten Endes auch abrechnen. Wir brauchen deshalb wirksame Kontrollen, die auch unangemeldet durchgeführt werden müssen.

Es ist ein großes Anliegen der SPD-Landtagsfraktion zu betonen, dass nicht die Pflege an sich in ein schlechtes Licht gerückt werden soll. Unsere Pflegekräfte und die pflegenden Angehörigen leisten tagtäglich wirklich großartige Arbeit. Kontrollen zielen ganz bestimmt nicht darauf ab, Pflegekräfte oder pflegende Angehörige an den Pranger zu stellen, im Gegenteil. Wir wollen nicht, dass betrügerische Straftaten die Ursache dafür sind, dass unserem Sozialsystem Geld fehlt. Dadurch steht dann nämlich weniger Geld für wirklich Pflegebedürftige und für Pflegeleistungen sowie für die Pflegekräfte zur Verfügung. Wir wollen, dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird; denn die große Mehrheit der Pflegekräfte und der Pflegedienste verrichtet ehrliche Arbeit.

(Beifall bei der SPD – Beifall der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU))

Wir setzen uns weiter für bessere Bedingungen in der Pflege ein. Dazu gehört auch, dass schwarze Schafe, die dem Ruf der Pflege großen Schaden zufügen, erkannt und

vom Markt genommen werden. All diejenigen, die hervorragende Arbeit leisten, sollten dies auch weiterhin tun können und nicht im Kollektiv unter Verdacht geraten. Eine Ausweitung von Kontrollen darf dabei nicht zu noch mehr Bürokratie führen. Den Pflegekräften und den pflegenden Angehörigen möchte ich an dieser Stelle ein großes Dankeschön und unsere allergrößte Wertschätzung aussprechen. Sie tragen täglich dazu bei, dass sich das Ansehen und die Bedeutung der Pflege stetig verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem vorliegenden Antrag bitten wir zunächst einmal darum, informiert und aufgeklärt zu werden. Wir möchten Näheres erfahren über die Strukturen und Mechanismen des Pflegebetrugs und des organisierten Verbrechens dahinter. Immerhin kostet die Pflegeversicherung die Beitragszahler der Solidargemeinschaft jährlich eine ganze Stange Geld. Alle Menschen in unserem Land, insbesondere aber die, die pflegen und die gepflegt werden, haben ein Recht darauf zu erfahren, was sich hinter den aktuellen Berichten verbirgt, wie es so weit kommen konnte und welche Gegenmaßnahmen vonseiten der Politik ergriffen werden können. Alle möglichen und erforderlichen Schritte müssen unternommen werden, um den Versicherungsbetrug zulasten der Solidargemeinschaft der Pflege- und Krankenversicherungen schnell und nachhaltig zu unterbinden. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Antrag der CSU-Fraktion zu, auch wenn wir hoffen, dass es nicht bei dem Dank für die aufopfernde Arbeit bleibt. Wir stimmen auch dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER zu.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin: Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte schön.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Rauscher hat gerade angesprochen, dass unser Antrag den Dank

an die Pflegekräfte enthält. Dazu möchte ich sagen: Dies ist ein ganz wesentlicher Punkt. Sie haben aber sicher auch gesehen, dass unser Antrag noch einen zweiten Teil hat, in dem es um das Thema geht, das auch Sie benannt haben. Auch wir werden dem SPD-Antrag und auch dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER stimmen wir allerdings mit einer Änderung zu. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir den mündlichen Bericht streichen und es einen schriftlichen Bericht geben wird. Ich denke, wenn uns die schriftlichen Auswertungen vorliegen, können wir sehr gut damit arbeiten.

Unser Antrag heißt: "Höchste Wertschätzung für die Pflege – kein Platz für betrügerische Pflegedienste"; uns sind beide Teile des Antrags wichtig. An dieser Stelle möchte ich dir, Bernhard Seidenath, und deinen Gesundheitspolitikern danken, weil du beide Elemente in den Antrag hineingebracht hast. Wir müssen schon sehr aufpassen, wenn der betrügerische Anteil zu diskutieren ist: Wir dürfen nicht pauschal alle verurteilen. Frau Rauscher hat da auch sehr schön differenziert. Es geht darum, den Pflegekräften zu danken, die sehr, sehr gute Arbeit leisten. Die weit überwiegende Zahl der Pflegekräfte leistet diese hervorragende Arbeit. Aber wir müssen die schwarzen Schafe herausnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Die Pflegekräfte leisten diese Arbeit nicht wegen des Geldes, sondern aus innerer Überzeugung. Sie leisten sie nicht nur körperlich, sei es Pflege oder sei es die Versorgung mit Lebensmitteln, sondern sie geben den Menschen ganz viel Zuwendung in einer Phase, in der die Pflegebedürftigen entweder älter werden oder eine Behinderungsform haben. Es ist deshalb sehr wichtig, dass wir unsere Pflegekräfte immer wieder wertschätzen. Der andere Aspekt ist, dass wir die schwarzen Schafe herausfiltern. Wenn wir lesen und hören, dass es immer mehr fingierte Pflegefälle oder fingierte Pflegeleistungen gibt, dann müssen wir fragen: Was passiert da? – Deshalb zielt der Antrag auch auf Aufklärung hierzu ab.

Das Bundeskriminalamt hat im Jahr 2015 eine Auswertung hinsichtlich der Betrugs-handlungen russischer Pflegedienste initiiert. Es konnte festgestellt werden, dass es keine Struktur hinsichtlich einer organisierten Kriminalität gibt. Gleichwohl wissen wir aber, dass bei den Staatsanwaltschaften Memmingen und München I derzeit Ermittlungsverfahren laufen. Insofern ist es uns wichtig, die Staatsregierung aufzufordern, uns darüber zu berichten, was aus den Fällen geworden ist. Welche Maßnahmen werden ergriffen, oder müssen ergänzende Maßnahmen ergriffen werden? – Sie werden von mir immer hören, dass ich von einzelnen Pflegediensten spreche. Diese Differenzierung haben auch Sie gemacht, Frau Kollegin Rauscher, und diese Differenzierung ist mir sehr wichtig. Hier tun einzelne Pflegedienste Dinge, die wir alle nicht wollen. Dem müssen wir deutlich begegnen. Viele andere aber machen wirklich sehr gute Arbeit.

Der demografische Wandel führt auch dazu, dass wir uns immer mehr diesen Fragen widmen müssen. Ich bin deshalb froh, dass wir in Bayern ein Pflegeministerium haben. An dieser Stelle möchte ich auch der Staatsministerin ganz herzlich für Ihre exzellente Arbeit danken. Wir sind sehr froh, dass wir dich, liebe Melanie Huml, an dieser Stelle haben. Dies zu betonen ist mir wichtig.

(Beifall bei der CSU)

In Deutschland haben wir derzeit 2,5 Millionen Pflegebedürftige. Wir gehen davon aus, dass wir im Jahr 2030 3,4 Millionen Menschen in der Pflege haben werden. In Bayern haben wir derzeit 340.000 Pflegebedürftige, und in 15 Jahren werden es 477.000 sein. Gleichwohl wissen wir, dass zwei Drittel aller Pflegebedürftigen derzeit zu Hause gepflegt werden. Wir wissen auch, dass die Zahl derer, die zu Hause gepflegt werden, sinkt. Die Ursache ist Berufstätigkeit, aber auch Umzüge wirken sich hier aus. Viele Familien bekommen erst spät ihre Kinder und tun sich dann schwer, ihren Anteil zu leisten, wenn ältere Menschen pflegebedürftig werden. Wir wissen, dass die Pflegekräfte immer weniger werden. Weil wir das wissen, ist es umso wichtiger, dass wir die

Bezahlung, die Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die Arbeitssicherheit mehr in den Vordergrund stellen.

Aufgrund des heutigen Themas möchte ich an dieser Stelle nicht auf die Pflegedokumentation eingehen oder auf den Personalschlüssel. Über diese Dinge müssen wir reden, wenn wir den Beruf attraktiver machen wollen. Dankenswerterweise hat sich Herr Hermann Imhof als Pflegebeauftragter mit den Pflegekräften in einem Hearing zusammengesetzt, obgleich die Tarifautonomie gilt. Es handelt sich um einen fortlaufenden Prozess. Vielleicht wirst du nachher noch kurz an dieser Stelle darüber berichten. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, dass die Arbeitsleistung so entlohnt wird, wie sie entlohnt wird. Es wundert mich dann nämlich nicht, wenn es daher auch andere Bewegungen gibt. Wir müssen deshalb sehr genau hinschauen.

Der SPD-Antrag enthält sehr viele Fragen. Ich bin mir nicht sicher, ob alle diese Fragen derart detailliert beantwortet werden können; gleichwohl finde ich es aber gut, wenn so viele Fragen aufgeworfen werden. Dem Antrag der FREIEN WÄHLER können wir ebenfalls zustimmen. Ich bitte hiermit auch um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Professor Bauer.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir ein persönliches Anliegen, und es ist ein großes Anliegen meiner Fraktion, uns zunächst bei allen Pflegerinnen und Pflegern für ihre hervorragende Arbeit, für ihre Arbeit am Menschen, für ihre Arbeit an hilfsbedürftigen Menschen ganz herzlich zu bedanken. Ihre tagtägliche Leistung unter erschwerten Bedingungen verdient allerhöchste Wertschätzung und allerhöchste Anerkennung. An dieser Stelle ist es wichtig festzustellen, dass nur ganz wenige betrügen. Ich möchte mich schützend vor diejenigen stellen, die täglich ihre Arbeit erledigen, täglich korrekt abrechnen und täglich eine korrekte und

fachlich hochqualifizierte Pflege anbieten. Deswegen ist es unnötig, einen Generalverdacht auszusprechen, und falsch, Vorverurteilungen vorzunehmen.

(Zuruf von der CSU)

– Hier ist keine Rednerin oder Redner gemeint, sondern ich meinte, es ist in der allgemeinen öffentlichen Darstellung so, auch in der veröffentlichten Meinung, die wir in den letzten Tagen immer wieder gelesen haben. Deswegen war es mir wichtig, das zu sagen. Es ist wichtig, dass die überwiegende Mehrzahl immer noch korrekt zu ihrem Beruf steht.

Wenn wir unsere Anträge durchbringen sollten, darf es dadurch keine zusätzliche Bürokratie geben. Es ist unmöglich, Pflege auf Kante genäht durchzuführen und zusätzlich noch bürokratischen Mehraufwand einzubauen. Pflege darf nicht an Bürokratie scheitern. Pflege darf auch nicht an Betrug scheitern. Deswegen brauchen wir eine umfassende Aufklärung. Deswegen werden wir den Dringlichkeitsanträgen der CSU und der SPD zustimmen. Wir müssen die Schwächen aufdecken und die persönliche Verantwortung der Abrechner in Anspruch nehmen.

Damit ich es nicht vergesse, sage ich gleich, dass der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER, wie ich es in der schriftlichen Begründung gegenüber Frau Fröhlich vom Landtagsamt angekündigt habe, geändert wird. Frau Schreyer-Stäblein hat bestätigt, dass wir auf die Worte "und mündlich" verzichten und sie aus dem Antragstext nehmen.

Mir bereitet ein bisschen Sorgen, dass in dem Antrag der CSU von Heimkontrollen die Rede ist. Das ist eine kernige Forderung, weil im privaten Bereich das Grundgesetz besondere Anforderungen stellt. Dort gilt die Wohnung als besonders geschützter Raum. Hier müssen wir sehr aufpassen, dass wir nicht Heimaufsichten, wie es im Antrag der SPD steht, und Heimkontrollen in die ambulante Pflege einführen. Das möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich machen.

Wir brauchen mehr Pflegekräfte. Wir brauchen gut ausgebildete Pflegekräfte. Wir brauchen motivierte Pflegekräfte. Wir brauchen aber keine Sozialbetrüger. Wir müssen diese schwarzen Schafe finden; denn Sozialbetrug ist ein Betrug an der Volksgemeinschaft. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen werden wir eine Taskforce zur Aufklärung dieser Pflegebetrügereien fordern. Wir lassen es nicht zu, dass hier Versichertengelder verschwendet werden. Deswegen fordern wir als zentrale Maßnahme eine Taskforce zur Bekämpfung des Sozialversicherungsbetrugs im ambulanten Pflegebereich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir werden das bei den anderen Anträgen auch tun.
– Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist der Kollege Leiner.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Es freut mich sehr, dass Sie heute bei einer Aussprache über das Thema Pflege anwesend sind. Das ist ein wichtiges Thema. – Wenn man die Menschen in Deutschland und in Bayern fragt, was sie am meisten beschäftigt, dann kommt zuerst die Sicherheit der Renten. Aber sofort danach folgt die Sorge um die Pflege im Alter: Wie werde ich versorgt, wenn ich pflegebedürftig werden sollte? Wie funktioniert das?

Wir haben bereits jetzt größte Schwierigkeiten im Pflegebereich. Wir haben de facto den Pflegenotstand. Wir kämpfen täglich um mehr Fachkräfte. Wir versuchen in diesem Hause – ich sage das ausdrücklich –, das Image der Pflege deutlich zu verbessern. Jetzt platzen auch noch diese Meldungen über kriminelle Machenschaften in un-

sere Bemühungen. Deshalb ist es hier im Hohen Hause Zeit – ich bin meinen Kolleginnen und Kollegen dankbar, dass das bereits erfolgt ist –, sich ganz herzlich bei den Pflegekräften zu bedanken, aber auch bei denjenigen, die viele unbezahlte Stunden zur Versorgung der ihnen anvertrauten Menschen aufwenden. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Prinzip geht es hier aber nicht um die Pflege. Hier geht es um organisierte Kriminalität, die eine neue Dimension erreicht hat. Das geschieht auf dem Rücken der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Wir müssen dieses, wie wir aus der Presse entnehmen konnten, beispielsweise im Vergleich zum Drogenhandel angeblich bessere Geschäft lückenlos untersuchen und alle Maßnahmen ergreifen, um es zu unterbinden.

Nur eine kleine Minderheit der Pflegedienste ist in diesen Skandal verwickelt. Unsere Pflegedienste sind in der überwiegenden Mehrheit gesetzestreu, anständig und qualitativ gut. Tagtäglich pflegen ihre Mitarbeiter viele ältere Menschen und erhalten dafür erstens zu wenig Geld und zweitens zu wenig Anerkennung in der Gesellschaft. Ihr Einsatz für die Pflegebedürftigen wird nun dadurch diskreditiert, dass sich in diesem milliardenschweren Bereich offensichtlich mafiöse Strukturen bis jetzt relativ ungesichert, wie es aussieht, meine Damen und Herren, verbreiten konnten. Das ist der eigentliche Skandal. Die Pflege in Bayern hat es nicht verdient, in einem Satz mit Prostitution und Drogenhandel genannt zu werden.

Ich frage mich aber auch: Warum gilt gerade Bayern als Schwerpunkt der Betrugsfälle? Die AOK sprach heute von einer Achse Augsburg-Kaufbeuren-Kempton. Wie kann es sein, dass betrügerische Pflegedienste über mehrere Jahre hinweg Millionensummen auf Kosten der Allgemeinheit abzocken? Man muss die Frage stellen, wer hier versagt hat. Der AOK zufolge rechneten kriminelle Pflegedienste in Bayern bei den Krankenkassen bis zu 200 Millionen Euro unrechtmäßig ab. Die AOK Bayern hat be-

reits neun Fälle allein in Schwaben angezeigt. Bei nur einem Fall ist bisher aber bekannt, dass eine Anklage durch die Staatsanwaltschaft Augsburg erfolgt ist, und das schon vor zwei Jahren. Diese Anzeige der AOK liegt seit zwei Jahren vor. Einen Prozesstermin gibt es immer noch nicht, meine Damen und Herren.

Aber wie lange ist dieser Zustand den Staatsanwaltschaften bereits bekannt? Sind die Staatsanwaltschaften ausreichend mit Expertinnen und Experten ausgestattet, um diese – ich gebe es zu – komplizierte Materie adäquat zu bearbeiten? – Ich kann mir den Hinweis auf den Fall Schottdorf hier nicht ersparen. Oder haben die Krankenkassen versagt? Wie sieht es mit der Zusammenarbeit der Kontrollorgane aus, um derartig ausgefeilte Betrugssituationen zu erkennen und anzuzeigen? Gibt es einen ausreichenden Datenaustausch? Wurden bisher alle Hinweise immer weiterverfolgt?

Für mich ist bemerkenswert, dass die Sozialhilfeträger von den Kassen bisher gar keine Hinweise zu diesen Betrugsfällen erhalten haben; denn auch die Sozialkassen haben hier schweren Schaden erlitten. Das wundert mich. – Die nächste Frage: Wie lange ist dieser Zustand schon der Bayerischen Staatsregierung bekannt, Frau Ministerin? – Die nächste Frage: Gibt es wirklich eine Gesetzeslücke? Müssen wir gesetzlich tätig werden? – Deshalb verlangen wir wie die anderen Fraktionen eine vollkommene Aufklärung dieses Skandals und vor allem Antworten.

Gleichzeitig möchte ich aber vor Schnellschüssen warnen. Auch Versäumnisse innerhalb des Systems müssen dargestellt werden. Auffälligkeiten müssen schneller entdeckt und verfolgt werden. Wir sehen eine Möglichkeit in der Digitalisierung der Pflege. Da müssen wir dringend weiterkommen und die Transparenz auch mit Hilfe der neuen Technologie erhöhen. Gleichzeitig ist es aber wichtig, dass wir der Pflege nicht noch mehr Bürokratie aufbürden, als sie bisher schon zu leisten hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es geht um Betrug an den Menschen. Die Pflege muss für den Menschen da sein; diese Botschaft muss deutlich sein. Es muss verhindert wer-

den, dass sich jemand auf Kosten des Sozialstaates und damit auf Kosten der Beitragszahler bereichert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stimmen den vorliegenden Anträgen zu, die verschiedene Nuancen aufweisen. Bei der CSU geht es mehr um die Nuance, dass die Pflegekräfte durch die erwähnten Vorfälle nicht diskreditiert werden; das halten wir für richtig. Bei der SPD geht es um die Aufklärung anhand eines Fragenkatalogs; das ist ebenfalls richtig und wichtig. Bei den FREIEN WÄHLERN geht es um die Frage – darüber wird noch zu reden sein –, ob die Taskforce als richtige Initiative gesehen wird. Wir stimmen allen Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Imhof.

Hermann Imhof (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kenne und schätze die Zusammenarbeit in unserem Gesundheitsausschuss seit zwei Jahren, und wenn es so ähnlich laufen könnte, Herr Kollege Leiner, wie Sie das ganz zuletzt geschildert haben, wäre ich bei allen in den Anträgen angesprochenen Punkten mit ihren unterschiedlichen Nuancen sehr optimistisch. Der Antrag der FREIEN WÄHLER wurde nachgezogen, und der CSU-Antrag stellt zu Recht die Pflegekräfte in den Mittelpunkt. Ich bin – das wissen Sie – draußen enorm viel unterwegs und weiß, dass wir sehr darauf achten müssen – das steht auch sehr konkret in unserem Antrag –, dass die Menschen, die, wenn ich die stationäre Pflege dazunehme, tagtäglich Millionen versorgen, nicht weiter mit dem Rücken zur Wand stehen. Ich behaupte, dass mehr als 90 % der Pflegekräfte ihren Job unter unglaublich schwierigen Bedingungen unglaublich gut machen.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Ich war sehr betroffen, als am Sonntag die Meldung über die schwere Kriminalität durch die Medien ging. Ich habe als Erstes gesagt: Das ist eine Frage des Rechtsstaats; Frau Kollegin, Sie haben das auch gesagt. Aber die Staatsanwälte sind aktiv und haben auch im schwäbischen Bereich Ermittlungen aufgenommen; das ist richtig. Ich glaube nicht, dass Bayern der Schwerpunkt organisierter Kriminalität ist. In einigen Wochen werden wir dazu vielleicht Genaueres erfahren. Aber es gibt natürlich auch in Bayern solche Probleme. Das muss Anlass dafür sein, alles, was da an Schwerekriminalität stattfindet, im juristischen Sinn total zu sanktionieren. Das ist die eine Geschichte.

Es gibt aber noch eine andere Geschichte, und da stehen wir immer in einem Spannungsfeld. Erst gestern hat der Kollege Holetschek auf das Spannungsfeld zwischen Bürokratie und qualitativer Pflege hingewiesen. Die Politik hat zuallererst für eine bestmögliche Versorgung im Alter zu sorgen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ganz konkret gab es dazu in den beiden letzten Jahren neue Gesetze. Ich glaube schon – das bestätigen auch die Partner der Großen Koalition und viele Akteure –, dass die Pflegestärkungsgesetze zu einer wichtigen Entwicklung in der Pflege geführt haben. Im Übrigen ermächtigen diese Gesetze die Selbstverwaltung und die Politik, ein Stück weit mehr Kontrolle wahrzunehmen, zum Beispiel im ambulanten Bereich, auch in der häuslichen Pflege. Dabei hoffe ich – das sage ich auch an dieser Stelle – auf weitere Maßnahmen.

Die Rente – Herr Ministerpräsident, Sie haben sie in der letzten Zeit häufig angesprochen – und das zentrale Thema Pflege sind im Bewusstsein der Bevölkerung noch nicht richtig angekommen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wenn ich auf den Marktplätzen unseres Landes stehe und mit älteren Menschen diskutiere, merke ich: Das Thema Pflege hat, wie die Versorgung der Kinder unter drei Jahren, noch nicht die Rückendeckung, die wir in der Politik brauchen. Natürlich hat das auch immer etwas mit

dem eigenen Geldbeutel zu tun, und keiner von uns darf suggerieren, dass die Gesetzgebung der Politik nicht auch viel Geld kostet, sondern sie belastet unsere eigene Tasche als Privatbürger ein Stück weit.

Es gibt ein Spannungsfeld mit der Bürokratie und den Kontrollmechanismen. Sie wissen, dass unsere Pflegekräfte über die Arbeit klagen, die Dokumentation so aufrechtzuerhalten, dass sie allen Anforderungen gerecht wird. Mindestens ein Drittel ihrer Arbeitszeit verwenden sie für die Bürokratie. Das kann nicht sein, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Unsere ehemalige Kollegin Christa Stewens hat da vorzügliche Arbeit geleistet. Es gibt eine neue Form der Dokumentation, und ich bin sehr optimistisch, dass die Bürokratie mit den Trägern und mit den Fachleuten vor Ort ein ganzes Stück weit reduziert wird. Frau Beikirch macht das im Bund, und Christa Stewens nimmt das federführend in Bayern in die Hand. Wir haben auch bei Gott einen wahnsinnigen Kontrollmechanismus. In allen Häusern, in die ich komme und die anständig und ordentlich geführt werden, beschwert man sich: Der MDK kommt zu oft und unangemeldet usw. Das kriegen Sie doch alle mit.

Auf der anderen Seite tragen wir die Verantwortung für diejenigen, die gepflegt werden, und ihre Angehörigen. Deswegen müssen wir – das haben Sie zu Recht gesagt, Kolleginnen und Kollegen – die Lücken schließen, die es gibt. Da sind übrigens die Kassen stark gefordert. Bundesminister Gröhe und Herr Laumann, habe ich heute gehört, sind schon initiativ geworden und haben die Kassen in Bayern aufgefordert – ich werde es auch noch einmal tun –, uns mitzuteilen, wo diese Lücken sind, damit wir sie schließen können. Da geht es um die häusliche Krankenpflege. Die Kassen hätten diese Lücke übrigens schon im laufenden Gesetzgebungsverfahren schließen können. Ich bin auf das gespannt, was mir Herr Schirmer von der AOK heute Abend sagen wird. Ich möchte niemandem Schuld zuweisen; aber die Kassen müssen sich schon melden und sagen, was aus ihrer Sicht getan werden muss, um Missbrauch zu ver-

meiden. Das verlange ich ganz eindeutig von den Kassen. Dann kann die Politik im Sozialversicherungsrecht tätig werden und die Lücken konsequent schließen.

Frau Kollegin Schreyer-Stäblein hat vorhin gefragt, was wir bei den Rahmenbedingungen tun sollen. Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert hier zusammen mit der Ministerin, den Personalschlüssel – der ist in Bayern seit Jahren der beste in Deutschland – weiterzuentwickeln. Das müssen wir tun. Wir in Bayern stehen an der Spitze, wie mir der Bundesminister bestätigt hat.

Als Zweites müssen wir die hohe Zahl der Ausbildungsabbrecher angehen, und wir tun es. Die Ministerin hat einen Fünf-Punkte-Plan aufgestellt. Die Zahl der Abbrecher muss reduziert werden, und die Bezahlung – Kerstin, du hast es erwähnt – muss adäquat und gerecht sein und kontinuierlich weiterentwickelt werden. Ich könnte noch vieles anderes sagen, etwa zur Schwermriminalität. Da sind immer mehrere Akteure beteiligt. Um hier erfolgreich tätig zu werden, braucht es die unmittelbar Betroffenen, ihre Angehörigen, den Pflegedienst und die Schwester bzw. den Pfleger vor Ort. Das müssen wir konsequent über Staatsanwaltschaften angehen. Ich könnte noch vieles sagen; aber die Einzelheiten sind im Ausschuss oder anderweitig bei einer weiteren Debatte besser aufgehoben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun hat Frau Staatsministerin Huml um das Wort gebeten.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Verehrte Präsidentin, lieber Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorweg sagen: Eine komplette Branche sollte nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Das tun wir auch hier im Hause nicht – das haben auch alle Fraktionen betont –, weil die Arbeit, die von den Pflegekräften und auch von den pflegenden Angehörigen geleistet wird, viel zu wertvoll ist und vielfach Tag und Nacht in hervorragender Art und Weise und völlig seriös erbracht wird, ohne dass da irgendwelche kriminellen Machenschaften

dahinterstehen. Das vorweg festzustellen ist mir sehr wichtig. Dieser Generalverdacht darf nicht entstehen.

(Beifall bei der CSU)

Aber Abrechnungsbetrug ist Betrug an uns allen; denn er schädigt ja gerade das auf Solidarität gebaute System der Sozialversicherungen. Deswegen ist jeder Schaden, der dort durch den Betrug zustande kommt, auch ein Schaden, den wir alle mitzahlen. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir jedem Fall nachgehen und dass lückenlos aufgeklärt wird, wo hier Möglichkeiten zur Entfaltung krimineller Energien bestehen.

Der aktuellen Berichterstattung zufolge sollen ja vor allem russische Pflegedienste in einigen Ländern mit viel krimineller Energie den Kranken- und Pflegekassen und auch den kommunalen Sozialhilfeträgern beträchtlichen finanziellen Schaden zugefügt haben. Genau diese betrügerischen Machenschaften müssen umgehend umfassend durch die Staatsanwaltschaft ermittelt und auch zur Anklage gebracht werden. Ich halte es für ganz wichtig, dass die schwarzen Schafe, die da sind, entsprechend verfolgt werden, damit diejenigen, die völlig regulär und seriös arbeiten, gut weiterarbeiten können.

Wie ist der Stand der Dinge? – Das Innenministerium hat uns über eine Auswertung informiert, die seit 2015 beim Bundeskriminalamt läuft. Demnach konnte für den Freistaat Bayern bisher keine Struktur festgestellt werden, die in diesem Bereich auf organisierte Kriminalität hinweist. Nach dem, was wir vom Innenministerium mitgeteilt bekommen haben, konnte bisher keine organisierte Kriminalität für Bayern festgestellt werden.

Aber ich sage auch: Seit 2012 werden im Raum Augsburg mehrere Ermittlungsverfahren wegen Betrugs gegen russische Pflegedienste geführt. Darüber hinaus ermitteln die Staatsanwaltschaften – darauf hat die Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein schon hingewiesen – Memmingen und München I gegen einzelne russische Pflegedienste wegen des Verdachts des Betrugs. Wie das Justizministerium uns mitgeteilt hat, ist es

aber schwierig, umfassende statistische Daten zu bekommen, weil Ermittlungs- und Strafverfahren bei Pflegeleistungen nicht gesondert erfasst werden. Da muss man sich überlegen: Wäre das vielleicht in Zukunft doch gut?

Was konnte bisher getan werden, oder was ist auch schon gesetzgeberisch auf den Weg gebracht worden? – Seit 2004 sind bei den Krankenkassen und Kassenärztlichen Vereinigungen Ermittlungs- und Prüfungsstellen eingerichtet. Das sind Stellen, die, wenn irgendwo im Abrechnungsverfahren ein Betrug vorhanden sein könnte, dies an die Staatsanwaltschaften auch bei Anfangsverdacht weitergeben.

Zur effektiven strafrechtlichen Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen sind die schon mehrfach angesprochenen Schwerpunktstaatsanwaltschaften im Herbst 2014 eingerichtet worden. Aber auch hier muss man sagen: Diese Staatsanwaltschaften sind bisher vor allem für Korruptions- und Vermögensdelikte von Angehörigen der akademischen Heilberufe zuständig, und es ist die Frage, ob man zukünftig auch die nichtakademischen Heilberufe mit aufnehmen sollte. Das könnte eine der Erkenntnisse sein aus dem, was wir jetzt erfahren.

Aber mir war es auch wichtig zu erfahren: Wie sieht es denn aktuell in Bayern aus? Ich habe deshalb die Kranken- und Pflegekassen, die hier in Bayern unmittelbar unserer Aufsicht unterstehen, angefragt: Wie sieht es aus? Aktuell geantwortet hat die AOK. Die anderen sind entweder nicht betroffen oder konnten noch keine Auskunft dazu geben.

Um hier die Zahlen zu nennen: Die AOK Bayern hat erstmals 2010 Auffälligkeiten bemerkt und bis 2014 neun Fälle bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Nach Angaben der AOK sind einige der Fälle mangels Tatverdacht eingestellt worden. In drei Fällen ist Anklage erhoben worden. In einem Fall kam es zu einer Verurteilung, allerdings wegen Sozialbetrugs aufgrund von nicht abgeführten Beiträgen und nicht wegen Betrugs bei Pflegeleistungen. Aber da gab es schon einmal eine Verurteilung.

Die AOK hat aus den konkret zur Anzeige gebrachten Fällen für sich einen Schaden von 600.000 Euro ermittelt. Wenn man das jetzt hochrechnet auf die bayerischen Kassen, dann wären das 1,5 Millionen Euro. Das ist eine Hochrechnung und eine Schätzung. Wie groß die Dunkelziffer ist, kann ich Ihnen heute seriös noch nicht mitteilen. Aber es wird ja in den Anträgen auch gefordert, dass wir das nachholen und Ihnen, sobald wir die Antworten von den Kassen haben, auch übermitteln.

Bei der AOK geht man weiteren Verdachtsfällen in der Region Nürnberg und im Raum München gerade nach, aber diese Prüfung ist noch nicht abgeschlossen. Das heißt im Grunde genommen, dass es Betrugsfälle oder Verdachtsfälle auch in Bayern gegeben hat und gibt.

Aber wir haben auch schon auf Bundesebene reagiert. Nach dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz, das seit Anfang 2016 gilt, prüft jetzt der Medizinische Dienst der Krankenkassen im Rahmen der Regelprüfung auch die Abrechnung der erbrachten Leistungen. Er darf auch, was er bisher nicht durfte, unangemeldet im ambulanten Bereich prüfen. Bisher galt das nur für den stationären Bereich. Ich halte es für richtig, dass wir das auf den ambulanten Bereich ausgedehnt haben. Ich bin der Auffassung: Wenn es eine Gesetzeslücke gibt, sollten wir schauen, dass wir sie schnellstmöglich schließen. Aber ich teile auch die Auffassung, dass es nicht darum gehen kann, jetzt noch eine Kontrolle und noch eine Kontrolle einzuführen, sondern wir müssen genau schauen und klug prüfen: Wo sind Lücken? Wo sind Möglichkeiten, sich betrügerisch organisiert kriminell zu bereichern auf Kosten von uns allen? Dagegen müssen wir vorgehen. Aber es geht nicht darum, die gesamte Pflegebranche unter Generalverdacht zu stellen und mit sehr vielen Kontrollen zu überziehen, sondern wir müssen schauen: Wo gibt es hier eine Lücke? Wie kann man diese schließen? Löst das, was jetzt ab 2016 angestoßen wurde, schon die Fälle, oder gibt es noch weitere? Daran müssen wir weiterarbeiten.

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen, dass sich im Pflegebereich die Menschen sicher fühlen, dass sie wissen, wenn sie sich in einem stationären Pfl-

geheim aufhalten, dass es ihnen dort gut geht, aber dass sie auch, wenn sie im ambulanten Bereich untergebracht sind, sich darauf verlassen und darauf vertrauen können, dass sie gut versorgt werden. Ich bin der Auffassung, dass das mehrheitlich auch wirklich gut und hervorragend funktioniert. Aber wenn das nicht der Fall ist, müssen wir dem nachgehen; denn die Menschen brauchen diese Sicherheit und sollen sie haben. Wir brauchen aber auch Menschen, die in diesem Bereich gern und motiviert arbeiten. Das ist in Bayern vielfach der Fall.

Ein herzliches Dankeschön an diejenigen, die als pflegende Angehörige oder in den verschiedensten Einrichtungen im Pflegebereich tätig sind! Es wird dort hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11036 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11039 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CSU, SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11076 – das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER – in der geänderten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREI-

EN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen?
– Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes auf Drucksache 17/9699 bekannt. Mit Ja haben 78 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 71. Es gab eine Stimmenthaltung. Das Gesetz ist damit angenommen. Es trägt den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes".

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)